

46.

Die rechtlichen Schranken der Militärdiktatur.

Von W. Rosenberg, Reichsgerichtsrat.

Nach § 9 b des preussischen Gesetzes vom 4. Juni 1851 wird bestraft, „wer in einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Distrikte ein bei Erklärung des Belagerungszustandes oder während desselben vom Militärbefehlshaber im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes Verbot übertritt oder zu solcher Übertretung auffordert oder anreizt.“

Diese Strafbestimmung ist länger als 60 Jahre fast unbeachtet geblieben; erst seit Ausbruch des Weltkrieges von 1914 hat dieselbe eine ungeahnte Bedeutung erlangt. Das Reichsgericht hat die erwähnte Vorschrift dahin ausgelegt, daß sie ein selbständiges Verordnungsrecht der Militärbefehlshaber begründe, welches an gesetzliche Schranken nicht gebunden sei. Infolge dessen sollen auch Verordnungen Rechtsgültigkeit haben, welche in Widerspruch mit den geltenden Rechts- und Landesgesetzen stehen, diese Gesetze ganz oder teilweise außer Kraft setzen, gesetzlich gewährleistete Befugnisse aufheben oder beschränken.¹⁾ Diese Rechtsprechung des Reichsgerichts hat in der juristischen Literatur nicht bloß Verteidiger,²⁾ sondern auch Gegner gefunden. Von verschiedenen Seiten ist geltend gemacht worden: Die Befugnis der Militärbefehlshaber, im Interesse der öffentlichen Sicherheit Verbote zu erlassen, sei lediglich eine rechtliche Folge und Wirkung des Grundsatzes, daß die vollziehende Gewalt mit der Erklärung des Belagerungszustandes auf die Militärbefehlshaber übergehe (§ 4 des Gesetzes vom 4. Juni 1851). Durch

¹⁾ Vgl. RG. IV, 7. Mai 1915 (Deutsche Strafrechtsztg. 2 397), IV, 21. Mai 1915 (Recht 19 Nr. 546), FerSen. 8. September 1915 (Recht 19 Nr. 973) IV, 26. Oktober 1915 (Leipziger Zeitschr. 10 50), III, 15. November 1915 (Recht 20 S. 14 Nr. 2), III, 28. Februar 1916 (Leipz. Zeitschr. 10 684) IV, 7. Januar 1916 (Sächsisches Archiv 11 150).

²⁾ Conrad, Leipz. Zeitschr. 9 465 (468), Deutsche Strafrechtszeitung 2 397; Siebert, Deutsche Strafrechtszeitung 2 104; Ebermayer, Leipz. Zeitschr. 9 1206. — Gl. Ansicht: Anschütz, JStW. 36 486, Arndt, Juristenzeitung 19 1099, Lobe, Juristenzeitung 21 172; Leipz. Zeitschr. 10 219, letzterer jedoch mit anderer Begründung; R. Meyer, Leipz. Zeitschr. 10 778

den Übergang der vollziehenden Gewalt werde Inhalt und Umfang derselben nicht verändert. Die Militärbefehlshaber dürften zwar alle Befugnisse ausüben, die irgend ein Organ der vollziehenden Gewalt besitze; weitergehende Rechte hätten sie jedoch nicht. Ein selbständiges, von der vollziehenden Gewalt getrenntes und unabhängiges Verordnungsrecht der Militärbefehlshaber bestehe also nicht. Der Umfang der vollziehenden Gewalt könne allerdings dadurch erweitert werden, daß einzelne Vorschriften der Verfassung bzw. an ihre Stelle getretenen Reichsgesetze außer Kraft gesetzt würden; allein eine solche Suspendierung sei nur bei bestimmten Vorschriften möglich, die in § 5 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 genau bezeichnet seien. Eine allgemeine Ermächtigung zur Aufhebung von Landesverfassungen oder Reichsgesetzen sei den Militärbefehlshabern in § 9 b nicht erteilt worden. Von einer schrankenlosen Verordnungsgewalt dieser Personen könne keine Rede sein.³⁾

Einen vermittelnden Standpunkt nimmt v. Belargus ein. Derselbe erkennt an, daß durch § 9 b weder eine schrankenlose noch eine selbständige Verordnungsgewalt der Militärbefehlshaber geschaffen worden sei. Er will jedoch ein selbständiges Verordnungsrecht der genannten Befehlshaber aus dem Besitz der vollziehenden Gewalt ableiten. Letztere soll die Befugnis in sich schließen, im Interesse der öffentlichen Sicherheit Notverordnungen zu erlassen, welche zwar nicht der Verfassung zuwider laufen dürfen, aber mit anderen Gesetzesvorschriften in Widerspruch stehen können.⁴⁾

Die erwähnte Streitfrage hat nicht bloß theoretisches Interesse; sie ist auch praktisch und politisch von großer Wichtigkeit. In der nachfolgenden Abhandlung soll untersucht werden, welche rechtliche Bedeutung der Vorschrift in § 9 b des Gesetzes vom 4. Juni 1851 beizumessen ist.

I.

Im absoluten Staate Preußen waren die Materien, welche Gegenstand des Gesetzes vom 4. Juni 1851 sind, nicht einheitlich geregelt. In den alten Provinzen galt für Festungen das Publikandum

³⁾ Vgl. Walbecker, Jur. Wochenschr. 45 343 Anm. 1. Gl. Ansicht: Galli, Strafrechtszeitung 2 105, Leipz. Zeitschr. 9 1200; Rißinger, ZStW. 36 769, Fleischmann, „Belagerungszustand“ im Wörterbuch des deutschen Staats- und Verwaltungsrechts 2. Aufl. S. 398.

⁴⁾ Leipz. Zeitschr. 9 1185.

vom 30. September 1809, welches die Kommandanten ermächtigte, nicht bloß im Falle der Einschließung, sondern auch sonst aus wichtigen Gründen die Festung in Belagerungszustand zu erklären. Diese Erklärung hatte folgende Wirkung:

„Alle Autoritäten ohne Ausnahme stehen unter dem Befehl des Kommandanten. Derselbe erhält daher in Hinsicht aller auf die Sicherheit und Behauptung des Platzes Bezug habenden Ereignisse die volle Gewalt über alle in und außerhalb der Festung befindlichen Militär- und Zivilpersonen ohne Ausnahme; er kann jede derselben bei Handlungen, die dem Wohle des Staates und der Festung zuwider sind, vor ein Kriegsgericht ziehen und die Aussprüche derselben bestätigen, auch sogleich vollziehen lassen.“⁵⁾

Auf dem linken Rheinufer hatte in der Franzosenzeit das Dekret vom 24. Dezember 1811 Geltung erlangt. Ob dasselbe seine Rechtswirkksamkeit auch unter preussischer Herrschaft behalten hatte, war bestritten und zweifelhaft.⁶⁾ Art. 101 dieses Dekrets lautete: „Dans les places en état de siège l'autorité dont les magistrats étaient revêtus pour le maintien de l'ordre et de la police passe toute entière au commandant d'armes qui l'exerce ou leur en délègue telle partie qu'il juge convenable.“

Art. 103 ermächtigte den Kommandanten, die ordentlichen Gerichte nach seinem Ermessen durch Kriegsgerichte zu ersetzen.

Von einer selbständigen, unbeschränkten Verordnungsgewalt der Militärbefehlshaber ist weder in dem Dekret von 1811 noch in dem Publikandum von 1809 die Rede.

Am 12. November 1848 wurde von dem preussischen Staatsministerium der Belagerungszustand über die Stadt Berlin verhängt. Zur Durchführung dieser Maßregel verfügte der Oberbefehlshaber in den Marken — General v. Wrangel — die Schließung aller politi-

⁵⁾ Sten. Ber. über die Verhandlungen der durch die Allerhöchste Verordnung vom 2. November 1850 einberufenen Kammern. Zweite Kammer Bd. 4 (Anlagen) Aktenstück Nr. 96 Kommissionsbericht S. 799 ff.,

⁶⁾ Die Frage der Weitergeltung ist bejaht in den Motiven der Verordnung über den Belagerungszustand vom 10. Mai 1849 (Sten. Ber. über die Verhandlungen der durch Allerhöchste Verordnung vom 3. Mai 1849 einberufenen Zweiten Kammer 1 197, ferner von Justizminister Simons in der Sitzung der Ersten Kammer vom 29. Januar 1851 Sten. Ber. S. 167. — Verneint ist die Frage in dem Kommissionsbericht der Zweiten Kammer (2. Leg.-Periode 2. Session 1850/1851 Bd. 3 Nr. 161 S. 4).

ischen Klubs und Vereine, das Verbot der Versammlung von mehr als 20 — bzm. bei Nacht 10 — Personen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, die Festsetzung einer Polizeistunde für Wirtschaften, die Ausweisung von Fremden, die Auflösung der Bürgerwehr, die Entwaffnung aller Zivilpersonen, denen das Waffentragen nicht ausdrücklich gestattet wurde.⁷⁾ Die Zulässigkeit der vom Staatsministerium und der Militärbehörde getroffenen Anordnungen ist bestritten worden, weil die preussische Gesetzgebung keine ausdrückliche Ermächtigung zum Erlass solcher Anordnungen enthalten habe.⁸⁾ Eines näheren Eingehens auf diese Streitfrage bedarf es nicht, da dieselbe heute gegenstandslos ist. Nach Otkrojerung der Verfassung vom 5. Dezember 1848 verlangte die zweite Kammer die Aufhebung des über Berlin verhängten Belagerungszustands. Als die Regierung diesem Verlangen nicht nachkam, wurde in der Sitzung der zweiten Kammer vom 26. April 1849 ein Antrag des Abg. von Unruh angenommen, welcher die Fortdauer des Belagerungszustands für ungesetzlich erklärte.⁹⁾ Die Folge dieses Vorgehens war einerseits die Auflösung der Kammer, andererseits der Erlass einer königlichen Verordnung über den Belagerungszustand vom 10. Mai 1849. § 9 b der genannten Verordnung hatte folgenden Wortlaut: „Wer an einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Bezirke ein im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes Verbot übertritt oder zu solcher Übertretung andere aufreizt, soll, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis von sechs Wochen bis zu einem Jahre bestraft werden.“

In dieser ursprünglichen Fassung des § 9 b ist also vom Militärbefehlshaber mit keinem Worte die Rede. Jedes im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassene Verbot soll unter die verschärfte Strafbestimmung des § 9 b fallen; ein Unterschied zwischen Verboten der Militärbefehlshaber und Verboten der Zivilbehörden wird nicht gemacht. Auch wird kein Gewicht darauf gelegt, zu welcher Zeit — vor, bei oder nach Erklärung des Belagerungszustands — das Verbot erlassen wurde.

⁷⁾ Vgl. Sitzung der Zweiten preussischen Kammer vom 25. April 1849, Sten. Ber. S. 661.

⁸⁾ Vgl. Bericht des Zentralausschusses in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 25. April 1849, Sten. Ber. S. 661.

⁹⁾ Sitzung der Zweiten Kammer vom 26. April 1849, Sten. Ber. S. 703, 705.

Die Verordnung vom 10. Mai 1849 bedurfte gemäß Art. 105 Abs. 2 der Verfassung vom 5. Dezember 1848 der Genehmigung der Kammern. In der ersten Kammer wurde der Wortlaut des § 9 b auf Vorschlag der zur Beratung der Verordnung eingesetzten Kommission mehrfach abgeändert. Hier interessiert nur die Tatsache, daß an Stelle der Worte „Wer . . . ein im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes Verbot übertritt“, die Worte getreten sind „Wer . . . ein bei Erklärung des Belagerungszustandes oder während desselben vom Militärbefehlshaber im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes Verbot übertritt“. Diese Änderung des Textes wurde von dem Abg. Stünzner in folgender Weise begründet: „Die Kommission hat die Ansicht gelehrt, daß die am Schlusse des § 9 festgesetzten Strafen nur diejenigen treffen sollen, welche ein während des Belagerungszustandes vom Militärbefehlshaber erlassenes Verbot übertreten, und daß ganz unbedeutende Polizeivergehen nicht mit den harten Strafen belegt werden sollen, welche das Gesetz vorschreibt.“¹⁰⁾

Die Kommission der ersten Kammer verfolgte also bei Abänderung des § 9 b den Zweck, das Geltungsgebiet dieses Paragraphen durch Ausschcheidung der leichten Fälle einzuschränken. Die strenge Strafbestimmung von mindestens sechs Wochen Gefängnis sollte nicht mehr für alle, im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Verbote gelten, sondern nur für einen Teil, der von bestimmten Behörden (den Militärbefehlshabern) während eines bestimmten Zeitraums (des Belagerungszustandes) erlassen war. Von einer Ausdehnung des § 9 b auf neue Verbote, von der Begründung einer selbständigen, unabhängigen oder unbeschränkten Befugnis der Militärbefehlshaber, Verbote zu erlassen, war im ganzen Verlauf der Debatten überhaupt nicht die Rede. Der Abg. v. Plöb erklärte den von der Kommission vorgeschlagenen Zusatz für unnötig und „unerheblich“. ¹¹⁾ Der Abg. v. Tepper bezeichnete es als zweifelhaft, ob der Vorschlag der Kommission eine „Milderung“ enthalte. ¹²⁾ Der Abg. Wächler hielt diesen Vorschlag für eine Verschlechterung, weil der Militärbefehlshaber die Polizeiverbote nochmals publizieren müßte. ¹³⁾

¹⁰⁾ Sitzung der Ersten Kammer vom 30. Januar 1851, Sten. Ber. S. 190.

¹¹⁾ Sten. Ber. S. 187.

¹²⁾ Sten. Ber. S. 189.

¹³⁾ Sten. Ber. S. 191.

Die zweite Kammer nahm den von der ersten Kammer beschlossenen Zusatz an, ohne daß über Grund und Tragweite desselben eine Bemerkung gemacht wurde.¹⁴⁾

Die Entstehungsgeschichte des § 9 b bietet also nicht den geringsten Anhaltspunkt für die Annahme, daß dieser Paragraph eine neue selbständige, unbeschränkte Verfügungsgewalt der Militärbefehlshaber begründet habe.

II.

Auch aus anderen Vorschriften des Gesetzes vom 4. Juni 1851 kann eine solche Befugnis nicht hergeleitet werden. In dem Eingang der Verordnung vom 10. Mai 1849 ist ausdrücklich gesagt, daß dieselbe erlassen werde „auf Grund des Art. 105 der Verfassungsurkunde und in Ausführung des Art. 110 der Verfassungsurkunde“.¹⁵⁾ Nach allgemeinen staatsrechtlichen Grundsätzen sind Ausführungsbestimmungen nur innerhalb des Rahmens derjenigen Rechtsvorschriften zulässig, zu deren Ergänzung sie dienen sollen. Art. 110 der Verfassung vom 5. Dezember 1848 stimmt im wesentlichen mit Art. 111 der Verfassung vom 31. Januar 1850 überein. Er enthält die Ermächtigung, einzelne, genau bezeichnete Verfassungsartikel zeit- und distriktweise außer Kraft zu setzen. In dieser beschränkten Ermächtigung liegt gleichzeitig das Verbot, die Rechtswirksamkeit anderer Verfassungsartikel zu beeinträchtigen, also die verfassungsmäßigen Schranken in anderer Beziehung zu überschreiten. Die Richtigkeit des hier vertretenen Standpunkts ist bei Beratung des Gesetzes vom 4. Juni 1851 ausdrücklich anerkannt worden. In der Sitzung der zweiten Kammer vom 31. März 1851 hat der Regierungskommissar Scherer erklärt: „Das Gesetz kann nichts anderes bestimmen als die Verfassung. Es kann sich nur innerhalb der ihm durch die Verfassung gezogenen Schranken bewegen.“¹⁶⁾

Der Abg. Simyon bemerkte hierauf: „Dies ist an sich ein vollkommen richtiger staatsrechtlicher Grundsatz, den schwerlich jemand in Abrede stellen wird.“¹⁷⁾

Das argumentum e contrario gilt auch für den § 5 des Gesetzes vom 4. Juni 1851. Die genaue Aufzählung einzelner Verfassungs-

¹⁴⁾ Sitzung vom 1. April 1851, Sten. Ber. S. 792/793.

¹⁵⁾ Preuß. Gesetzsammlung 1849 S. 165.

¹⁶⁾ Sten. Ber. S. 759.

¹⁷⁾ Sten. Ber. S. 761.

artikel in diesem Paragraphen wäre widersinnig und zwecklos, wenn der Militärbefehlshaber die Befugnis hätte, auch noch andere Verfassungsvorschriften außer Kraft zu setzen.

Aus § 4 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 kann eine unbeschränkte Verordnungsgewalt der Militärbefehlshaber gleichfalls nicht hergeleitet werden. Die vollziehende Gewalt im Sinne dieses Paragraphen umfaßt zwar das Recht, Ausführungsverordnungen gemäß Art. 45 der Verfassung zu erlassen, dagegen nicht das Recht, Notverordnungen gemäß Art. 63 zu erlassen. Die abweichende Meinung, welche v. Belargus vertritt, ist von den Urhebern der preußischen Verfassung nicht geteilt worden. In der oktroyierten Verfassung vom 5. Dezember 1848 stand die Vorschrift über das Notverordnungsrecht unter den „Allgemeinen Bestimmungen“ am Schlusse (Art. 105 Abs. 2). Bei der Revision dieser Verfassung wurde die Vorschrift an eine andere Stelle gesetzt, und zwar in den Titel V, der unter der Überschrift „Von den Kammern“ die gesetzgebende Gewalt behandelt. Der Grund der erwähnten Änderung ist darin zu suchen, daß die Vorschrift über die Notverordnung (Art. 63) nach der Auffassung der Revisionskammern eine Ausnahme von der in Art. 62 aufgestellten Regel bildete.¹⁸⁾ Noch weniger läßt sich die Ansicht halten, daß die Verordnungen, welche auf Grund des Gesetzes vom 4. Juni 1851 erlassen werden, den Charakter der Notverordnungen haben. Bei Beratung des genannten Gesetzes hat der Regierungskommissar Scherer ausgeführt, die Erklärung des Belagerungszustandes sei keine Notverordnung im Sinne des Art. 63 der Verfassung; bei dieser Erklärung handele es sich nur um die Anwendung eines gegebenen Gesetzes auf einen bestimmten Fall.¹⁹⁾ Was für die Anwendung der Vorschrift in § 1 und 2 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 gilt, muß auch für andere Anwendungsfälle desselben Gesetzes gelten.

Der Verordnung vom 10. Mai 1849, welche gemäß § 105 Abs. 2 der Verfassung vom 5. Dezember 1848 den Kammern zur Genehmigung vorgelegt werden mußte, waren Motive beigelegt. In diesen

¹⁸⁾ v. Rönne-Born, Das Staatsrecht der preußischen Monarchie, 5. Aufl. 3. Bd. erste Abteilung (1915) S. 21/22.

¹⁹⁾ v. Schulze-Gävernitz, Das preußische Staatsrecht, 2. Aufl. Zweiter Band (1890) S. 27, 33.

²⁰⁾ Sitzung der Zweiten Kammer vom 31. März 1851, Sten. Ber. S. 759.

Motiven wurde als wesentliche Folge und Wirkung der Erklärung des Belagerungszustands hervorgehoben „die Konzentrierung der Verteidigungskräfte und die Unterordnung der Organe der vollziehenden Gewalt unter eine streng einheitliche Leitung“. ²⁰⁾ Dagegen steht in den Motiven kein Wort davon, daß die Militärbefehlshaber neben der vollziehenden Gewalt noch eine weitere selbständige Gewalt, ein unbeschränktes Verordnungsrecht erhalten sollten. Wenn die Verfasser der Verordnung vom 10. Mai 1849 ein so ungewöhnliches Recht hätten einräumen wollen, wäre es doch geradezu unbegreiflich, daß sie dieses Recht in den Motiven überhaupt nicht erwähnt haben. Die Verleihung der Befugnis, provisorische Gesetze zu erlassen, wäre mindestens ebenso wichtig gewesen, wie die Verleihung der Befugnis, außerordentliche Kriegsgerichte einzusetzen und die Mitglieder derselben zu ernennen. ²¹⁾

Hiernach bleibt als einzige Stütze der Lehre von dem unbeschränkten Verordnungsrecht eine Stelle im Kommissionsbericht der zweiten preussischen Kammer, die folgenden Wortlaut hat: „Die Selbstverteidigung erfordert Gleichheit der Mittel; sie macht es notwendig, daß der gegenüberstehenden, durch nichts behinderten Gewalt eine gleich starke Macht entgegengestellt werde und eine solche ist nur die Militärgewalt, welche unbeschränkt und unabhängig von dem Willen einer anderen Autorität, alles zu tun resp. zu lassen befugt sein muß, was die Notwendigkeit gebietet.“ ²²⁾

Bei Würdigung dieser Stelle ist zunächst in Betracht zu ziehen, daß der Inhalt von Gesetzesmaterialien keine rechtliche Bedeutung beanspruchen kann, wenn er im Wortlaut des Gesetzes keinen Ausdruck gefunden hat. Sodann handelt es sich gar nicht um die Erklärung eines der drei gesetzgebenden Faktoren, sondern um die subjektive Meinungsäußerung einer Kommission. Ob die zweite Kammer den erwähnten Satz des schriftlichen Kommissionsberichts gebilligt hat, läßt sich nicht feststellen. Ferner spricht der Kommissionsbericht gar nicht von einer unbeschränkten Verordnungsgewalt sondern von

²⁰⁾ Verhandl. der durch Allerhöchste B.D. vom 30. Mai 1849 einberufenen Zweiten Kammer. Erster Band. Sitzung vom 20. Oktober 1849 S. 191.

²¹⁾ Motive S. 198.

²²⁾ Sammlung sämtlicher Drucksachen der Zweiten Kammer aus der zweiten Session der zweiten Reg.-Periode 1850—1851, dritter Band 1851 Nr. 161 S. 2.

einer unbeschränkten Militärgewalt. Letztere Bezeichnung kann auch auf die Beseitigung der verfassungsmäßigen Schranken in den Fällen des Art. 5 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 bezogen werden. In der Sitzung der ersten Kammer vom 29. Januar 1851 hat der Berichterstatter Schlieper erklärt, die Kommission dieser Kammer sei der Ansicht gewesen, daß die außerordentliche Macht, welche der vollziehenden Gewalt beigelegt werden sollte, durch ein Gesetz für alle Fälle „geregelt und begrenzt“ werden müsse, „um diese Macht nicht in Willkür ausarten zu lassen.“²³⁾ Hieraus folgt, daß jedenfalls die Kommission der ersten Kammer eine schrankenlose Gewalt der Militärbefehlshaber nicht begründen wollte.

IV.

Bei Erlass der Verordnung vom 10. Mai 1849 bzw. des Gesetzes vom 4. Juni 1851 bestand ein selbständiges, unbeschränktes Verordnungsrecht der Militärbefehlshaber in keinem einzigen derjenigen Staaten, welche in den Motiven der genannten Verordnung und den späteren parlamentarischen Verhandlungen als Vorbilder oder wenigstens als Beispiele angeführt worden sind.

In Frankreich²⁴⁾ war durch Gesetz vom 10. Juli 1791 bestimmt worden, daß in Festungen (*places de guerre et postes militaires*) die vollziehende Gewalt nach Erklärung des Belagerungszustandes ausschließlich durch die Militärbefehlshaber ausgeübt werde. Das Gesetz vom 10. fructidor V dehnte diese Vorschrift auch auf andere Gemeinden aus.²⁵⁾ Napoleon I. erließ das Dekret vom 24. Dezember 1811, dessen wesentlicher Inhalt bereits im ersten Abschnitt dieser Arbeit wiedergegeben ist. Das Gesetz vom 9. August 1849 hielt in Art. 7 die Vorschrift aufrecht, daß mit Erklärung des Belagerungszustandes die vollziehende Gewalt auf die Militärbefehlshaber übergehe, fügte aber noch hinzu: „L'autorité civile continue néanmoins à exercer ceux de ces pouvoirs dont l'autorité militaire ne l'a pas dessaisie.“ In Art. 8 wurde die Zuständigkeit der Kriegsgerichte, die bisher von dem Ermessen der Festungskommandanten abhängig gewesen war, auf wenige, genau bezeichnete Fälle beschränkt. Art. 9

²³⁾ Sten. Ber. S. 165.

²⁴⁾ Vgl. die Rede des Grafen Dührn in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 31. März 1851, Sten. Ber. S. 754, der den Belagerungszustand für eine französische Erfindung erklärte.

²⁵⁾ Dalloz, Recueil périodique 1849, IV S. 136.

begründete eine außerordentliche Gewalt der Militärbefehlshaber, indem er die gesetzlichen Schranken für bestimmte Amtshandlungen beseitigte. Diese Amtshandlungen sind unter 4 Nummern erschöpfend aufgezählt. Sie betreffen Hausdurchsuchungen, Ausweisungen, Wegnahme von Waffen und Schießbedarf, Unterdrückung von Druckschriften, Verbot von Versammlungen. Weitergehende Rechte standen den Militärbefehlshabern in Frankreich nicht zu und stehen ihnen auch heute noch nicht zu.

Für Belgien²⁷⁾ wurde im Jahre 1849 noch angenommen, daß das französische Dekret vom 24. Dezember 1811 daselbst in Geltung geblieben sei.²⁸⁾ Später haben die belgischen Juristen Bauthier und Errera den Standpunkt vertreten, daß in Friedenszeiten der Belagerungszustand überhaupt nicht verhängt werden dürfe, weil er eine teilweise Aufhebung der Verfassung in sich schließe. Die einzige Wirkung des in Kriegszeiten verhängten Belagerungszustands besteht darin, daß die Zuständigkeit der Kriegsgerichte erweitert wird. Eine Verordnungsgewalt der Militärbefehlshaber ist dem belgischen Staatsrecht überhaupt nicht bekannt.²⁹⁾

In Baden³⁰⁾ wurde am 23. April 1848 eine provisorische Verordnung über den Kriegszustand erlassen. § 2 dieser Verordnung ist dem § 9 der preussischen Verordnung vom 10. Mai 1849 auffallend ähnlich. Der Wortlaut der Bestimmungen sowie die Reihenfolge derselben sprechen dafür, daß die badische Verordnung der preussischen als Muster gedient hat. Diese Vermutung wird durch die Motive zu § 8 und § 9 der preussischen Verordnung bestätigt, welche ausdrücklich auf die badische Verordnung Bezug nehmen.

§ 2 Nr. 4 der badischen Verordnung vom 23. April 1848 bestimmt: „Wer an einem in Kriegszustand befindlichen Orte . . . ein durch die Umstände veranlaßtes, im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes polizeiliches Verbot übertritt oder zu solcher Übertretung andere aufreizt, wird sofort verhaftet und, bis

²⁷⁾ Motive zu § 4, 10—13 S. 197, 198.

²⁸⁾ Mittermaier, Archiv für Kriminalrecht. Neue Folge. 1 (1849) 40.

²⁹⁾ Bauthier, Das Staatsrecht des Königreichs Belgien (Marquardsen's Handbuch des öffentlichen Rechts Bd. 4, Halbband 1, Abteilung 5) S. 154; Errera, Das Staatsrecht des Königreichs Belgien (Das öffentliche Recht der Gegenwart, herausgegeben von Jellinek, Laband, Pilsch, Bd. 7), 1909 S. 13.

³⁰⁾ Motive zu § 8—9 S. 197.

der Kriegszustand wieder aufgehoben ist, als Kriegsgefangener behandelt.“³¹⁾

Hier wird also das geschützte Verbot ausdrücklich als ein polizeiliches bezeichnet. Eine fast gleichlautende Vorschrift enthält § 4 Nr. 5 des badiſchen Geſetzes, den Kriegszustand betreffend, vom 29. Januar 1851.

§ 3 Abs. 2 des erwähnten badiſchen Geſetzes lautet: „In allen in Kriegszustand erklärten Bezirken, in welchen sich Truppen befinden, können die Militärbefehlshaber die Sicherheitspolizei auch unmittelbar selbst handhaben, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Gemeinschaft mit den ihnen beigegebenen Zivilkommissären auch Anordnungen und Verbote, soweit solche in das Gebiet der Polizeigewalt gehören, erlassen, die Übertretungen mit Festnehmung und polizeilicher Strafe bis auf acht Wochen Gefängnis bedrohen und diese durch die Zivilbehörden vollziehen lassen oder nach Umständen selbst vollziehen.“

Die Verwaltungsgewalt, welche den Militärbehörden durch diese Vorschrift beigelegt ist, kann schon deshalb nicht als eine selbständige angesehen werden, weil sie nur in Gemeinschaft mit den Zivilkommissären ausgeübt werden darf; sie ist auch keine unbeschränkte, da ihre Ausübung nur auf einem bestimmten Gebiet — dem Gebiet der Polizeigewalt — zulässig ist.

V.

Auch in anderen Staaten, welche in den Gesetzesmaterialien nicht ausdrücklich genannt sind, war ein selbständiges, unbeschränktes Verordnungsrecht der Militärbehörden gänzlich unbekannt. Im Jahre 1849 hat Mittermaier einen Aufsatz veröffentlicht, in welchem er eine vergleichende Darstellung der Gesetzgebung über Belagerungszustand, Kriegsrecht und Standrecht gab.³²⁾ In dieser Übersicht wird ein Verordnungsrecht der Militärbefehlshaber nirgends erwähnt.

In England konnte 1849 — ebenso wie heute — die Habeas Corpus Akte nur durch einen Akt der gesetzgebenden Gewalt außer

³¹⁾ Großherzoglich Badisches Regierungsblatt 1848 S. 126.

³²⁾ Mittermaier, Die Gesetzgebungen über Belagerungszustand, Kriegsrecht, Standrecht und Suspension von Gesetzen über die persönliche Freiheit (Archiv des Kriminalrechts Neue Folge, Bd. I, 1849).

Kraft gesetzt werden.³³⁾ Allerdings hat sich trotzdem die tatsächliche Übung herausgebildet, daß in Kriegszeiten die Militärgewalt Polizeiverordnungen erläßt und Handlungen mit Strafe bedroht, welche nach common law straflos sind. Allein diese Praxis entbehrt der gesetzlichen Grundlage. Die Polizeiverordnungen und Straandrohungen der Militärbefehlshaber sind gesetzwidrig; sie bedürfen der nachträglichen Legalisierung durch eine Indemnity Act.³⁴⁾ Ob die erwähnte Übung der Militärbehörden schon im Jahre 1849 bestand, mag dahingestellt bleiben. Mittermaier sagt von derselben nichts. Für die Annahme, daß das gesetzwidrige Verfahren der englischen Militärbehörden auf die Entstehung der preussischen Rechtsvorschrift einen Einfluß gehabt hat, fehlt jeder Anhaltspunkt.

In den Niederlanden bestanden 1849 bis 1851 überhaupt keine Bestimmungen, durch welche die Verfassung oder die Gesetze außer Kraft gesetzt werden konnten. Erst durch die Verfassungsrevision vom 6. November 1887 ist dem König die Befugnis verliehen worden, das Staatsgebiet ganz oder teilweise in Kriegs- bzw. Belagerungszustand zu erklären.³⁵⁾

Die Frankfurter Reichsverfassung vom 28. März 1849, welche zwar niemals Rechtswirklichkeit erlangt hat, aber zeitlich mit der preussischen Verordnung vom 10. Mai 1849 zusammentrifft, enthält die Vorschrift, daß im Fall des Krieges oder Aufstands die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Hausdurchsuchung und Versammlungsrecht für einzelne Bezirke zeitweise außer Kraft gesetzt werden dürfen.³⁶⁾ In der Erfurter Unionsverfassung von 1850 ist diese Vorschrift dahin erweitert, daß auch die Suspension der Grundrechte über Gerichtsstand, Presse und Vereinsrecht für zulässig erklärt wird.³⁷⁾ Aus den erwähnten Verfassungsvorschriften, welche der Reichsregierung und den Regierungen der Einzelstaaten

³³⁾ Mittermaier, a. a. O. S. 31, vgl. auch Rede des Abg. Mittermaier in der Frankfurter Nationalversammlung vom 5. Februar 1849, Sten. Ber. 7 5016; Hatschel, Das Staatsrecht der Vereinigten Königreiche Großbritannien-Irland 1914 (Bd. 25 des Öffentlichen Rechts der Gegenwart herausgegeben von Huber, Jellinek, Saband, Piloty) S. 245.

³⁴⁾ Hatschel, a. a. O. S. 194.

³⁵⁾ de Hartog, Das Staatsrecht des Königreichs der Niederlande (Marquardsens Handbuch des öffentlichen Rechts Bd. 4, Halbband 1) 1886 S. 17, 93, 94.

³⁶⁾ Abschnitt VII Artikel IV § 197.

³⁷⁾ Abschnitt VII Artikel IV § 195.

eine begrenzte Gewalt übertragen, kann eine unbegrenzte Verfügungsgewalt der Militärbefehlshaber nicht abgeleitet werden.

In scharfem Gegensatz zu den bisher besprochenen Gesetzgebungen steht die Gesetzgebung des Königreichs Sachsen. Das sächsische Gesetz vom 10. Mai 1851 hat dem Oberbefehlshaber der Truppen die Befugnis beigelegt, im Falle der Erklärung des Kriegszustands und der Suspendierung von bestimmten Verfassungs- bzw. Gesetzesvorschriften „mit seinen Befehlen Strafandrohungen zu verbinden, welche nach Befinden selbst bis zur Todesstrafe ansteigen können“ (§ 13).³⁸⁾ Diese Vorschrift wird von der sächsischen Regierung noch heute als gültig betrachtet, soweit nicht Art. 68 der Reichsverfassung Anwendung findet.³⁹⁾ Es muß anerkannt werden, daß das sächsische Gesetz eine selbständige Verfügungsgewalt des Oberbefehlshabers begründet hat, die dieser auf andere Befehlshaber übertragen darf (§ 16); allein unbeschränkt ist die Verfügungsgewalt der sächsischen Militärbehörden nicht. Gegen die Anordnungen derselben steht der Weg der Beschwerde an das Gesamtministerium offen (§ 13 Abs. 4). Letzteres ist für seine Amtshandlungen strafrechtlich, zivilrechtlich, disziplinar und staatsrechtlich⁴⁰⁾ verantwortlich. Es muß daher diejenigen Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen beobachten, welche es nicht außer Kraft setzen kann. Seit dem Jahre 1867 bilden auch die Gesetze des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reiches Schranken für die Machtbefugnisse der sächsischen Militärbehörden, die durch ein Landesgesetz nicht beseitigt werden können —. Als Muster für § 9 b der preussischen Verordnung kann § 13 des sächsischen Gesetzes schon deshalb nicht gebient haben, weil dieses Gesetz erst zwei Jahre nach der preussischen Verordnung erlassen ist.

VI.

Aus vorstehenden Ausführungen ergibt sich, daß bei Erlass der preussischen Verordnung vom 10. Mai 1849 das selbständige, unbeschränkte Verfügungsrecht der Militärbefehlshaber ein gänzlich unbekanntes Rechtsinstitut war. Das praktische Bedürfnis nach der Ein-

³⁸⁾ Gesetz und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen 1851 S. 118.

³⁹⁾ Verordnung der Ministerien des Krieges, des Innern und der Justiz vom 18. Mai 1872 (Ges. u. V. Bl. 1872 S. 249).

⁴⁰⁾ § 142 der sächsischen Verfassungsurkunde.

führung eines solchen Rechtsinstituts war in dem Militärstaat Preußen jedenfalls geringer als in anderen Staaten mit einer viel schwächeren Staatsgewalt. Wenn die preussische Regierung wirklich die Absicht gehabt hätte, Untertanen des Königs, militärische Untergebene des obersten Kriegsherrn mit einer größeren Macht auszustatten, als sie der König selbst besaß, so hätte kein Hindernis bestanden, den Grundsatz dictator legibus solutus in der Verordnung vom 10. Mai 1849 offen auszusprechen. Der richtige Platz für eine solche Erklärung wäre nicht § 9 b, sondern § 4 gewesen, wo die rechtlichen Wirkungen des Belagerungszustands behandelt werden. § 5 hätte in diesem Falle ganz gestrichen werden müssen. Die Vorschrift, daß der Militärbefehlshaber einzelne Verfassungsartikel außer Kraft setzen dürfe, war überflüssig und zwecklos, wenn er jeden anderen Verfassungsartikel ebenfalls beseitigen konnte. Sie war auch dann überflüssig und zwecklos, wenn der Militärbefehlshaber ohne Suspension von Verfassungsartikeln jede beliebige Maßregel treffen konnte, die er im Interesse der öffentlichen Sicherheit für erforderlich hielt. Endlich hatte die preussische Regierung keinen Grund, die außerordentliche Gewalt der Militärbefehlshaber in eine so versteckte Form zu kleiden, daß diese Gewalt bis zu ihrer Entdeckung durch das Reichsgericht nicht bloß den preussischen Staatsrechtslehrern und den preussischen Gerichten, sondern sogar den preussischen Militärbehörden verborgen geblieben ist. Am 4. Juli 1863 hat der preussische Kriegsminister von Roon sehr eingehende „Erläuterungen zu dem Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851“ erlassen, denen sogar das Muster einer Ausführungsverordnung beigelegt ist.⁴¹⁾ In diesen Erläuterungen wird das angebliche Recht der Militärbefehlshaber, contra legem Verordnungen zu erlassen, überhaupt nicht erwähnt. Dagegen werden die Militärbefehlshaber darauf hingewiesen, daß sie im Fall der Erklärung des provisorischen Belagerungszustandes befugt sind, einzelne, genau bezeichnete Verfassungsvorschriften außer Kraft zu setzen. Hieraus folgt wiederum, daß ihnen andere Eingriffe in das geltende Verfassungsrecht nicht erlaubt sind.

Am 3. Dezember 1870 wurde im Deutschen Reichstag eine Interpellation Dunder und Genossen behandelt, welche verschiedene, von den Antragstellern für ungesetzlich erachtete Maßregeln des General-

⁴¹⁾ Abgedruckt im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen 1872 S. 250 ff.

gouverneurs Vogel von Falckenstein zum Gegenstand hatte. Zu diesen Maßregeln gehörte auch das allgemeine Verbot der Abhaltung sozialdemokratischer Versammlungen und der Verbreitung einer in Leipzig herausgegebenen sozialdemokratischen Zeitung,⁴²⁾ welche Verbote ohne Suspension der Artikel 27 und 28 der preussischen Verfassung erlassen waren. Obwohl die Übertretung dieser Verbote ausdrücklich mit der Strafe des Gesetzes vom 4. Juni 1851 bedroht war, hat kein Redner die Ansicht vertreten, daß der Generalgouverneur verfassungswidrige Anordnungen erlassen dürfe. Der Abg. Windthorst bezeichnete diese — in einem Regierungserlaß vertretene — Meinung als Wachtstuben-Jurisprudenz, der er nicht gewachsen sei.⁴³⁾ § 9 b des Gesetzes vom 4. Juni 1851 ist im ganzen Verlauf der Debatten überhaupt nicht erwähnt worden. Offenbar hatte im Jahre 1870 der Reichstag noch keine Ahnung davon, daß der genannte Paragraph den Militärbefehlshabern eine schrankenlose Gewalt verleihe.

VII.

Entscheidend für den Umfang der Befugnisse, welche die Militärbefehlshaber während des Kriegszustands besitzen, ist nicht § 9 b, sondern § 5 des Gesetzes vom 4. Juni 1851. Zu den Verfassungsbestimmungen, welche nach diesem Paragraphen außer Kraft gesetzt werden dürfen, gehört auch Art. 5:

„Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Die Bedingungen und Formen, unter welchen eine Beschränkung derselben, insbesondere eine Verhaftung, zulässig ist, werden durch das Gesetz bestimmt.“

Der Begriff der persönlichen Freiheit ist hier im weitesten Sinne zu verstehen. Er bildet den Gegensatz nicht bloß zur Freiheitsentziehung — Festnahme, Verhaftung —, sondern auch zu jeder anderen Freiheitsbeschränkung, wie schon aus Satz 2 sich ergibt. Er gewährleistet nicht bloß die Freiheit der Bewegung, sondern auch die Freiheit des Handelns. Die „Rechte der Preußen“, welche in Titel II der preussischen Verfassungsurkunde aufgezählt sind, stellen eine Nachbildung der „Rechte der Belgier“ in der belgischen Verfassungsurkunde dar. Letztere haben ihr Vorbild in der französischen

⁴²⁾ Vgl. Rede des Abg. Dunder in der Reichstagsitzung vom 3. Dezember 1870, Sten. Ber. S. 49.

⁴³⁾ Sten. Ber. S. 55.

Charte constitutionnelle vom 14./24. August 1830 (Art. 4) bzw. 4./14. Juni 1814, welche wiederum auf die Erklärung der Menschenrechte von 1789 zurückgehen. Art. 4 dieser Erklärung lautet: „La liberté consiste à pouvoir faire tout ce qui ne nuit pas à autrui: ainsi l'exercice des droits naturels de chaque homme n'a de bornes que celles qui assurent aux autres membres de la société la jouissance de ces mêmes droits.“

Ces bornes ne peuvent étre déterminées que par la loi.“

Auf Grund dieses weitgehenden Freiheitsbegriffs betrachten die französischen Juristen auch die Unverletzlichkeit der Wohnung, die Freizügigkeit, das Briefgeheimnis, die Freiheit des Eigentums, die Arbeits-, Handels- und Gewerbefreiheit als Ausflüsse des Grundsatzes, daß die persönliche Freiheit gewährleistet sei.⁴⁴⁾ Auf dem gleichen Standpunkte stehen auch die belgischen Staatsrechtslehrer.⁴⁵⁾

In Deutschland hat Anschütz die Meinung vertreten, daß Art. 5 der Verfassung die Handlungsfreiheit des Individuums schützen und den Grundsatz der gesetzmäßigen Verwaltung aufstelle.⁴⁶⁾

Die Suspension des Art. 5 der Verfassung hat nicht bloß die Aufhebung des Verfassungsgrundsatzes zur rechtlichen Folge. Sie erstreckt ihre Wirkungen auf alle Gesetzesvorschriften, welche den Schutz der persönlichen Freiheit zum Gegenstand haben. Anderenfalls würde die Maßregel ohne praktische Bedeutung sein. Mit Beseitigung der die Materie des Art. 5 betreffenden Rechtsnormen kommt das Recht des einzelnen Staatsbürgers, innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu handeln, den Militärbefehlshabern gegenüber⁴⁷⁾ in Wegfall. Letzterer erlangt die Befugnis, den in seinem Bezirk befindlichen Staatsbürgern im Wege der Verordnung oder der Verfügung diejenigen Beschränkungen ihrer Bewegungs- und Handlungsfreiheit aufzulegen, welche er für erforderlich erachtet. Diese Befugnis ist indessen nicht unbeschränkt. Sie findet ihre Grenze 1. an denjenigen Verfassungsvorschriften, welche vom Militärbefehlshaber überhaupt nicht außer Kraft gesetzt werden können, 2. an denjenigen Verfassungsvorschriften, welche zwar außer Kraft gesetzt werden können, aber

⁴⁴⁾ Lebon, Das Staatsrecht der französischen Republik 1886 S. 29/30; Das Verfassungsrecht der französischen Republik 1909 S. 177/178.

⁴⁵⁾ Errera, Das Ständerecht des Königreichs Belgien 1909 S. 263, 266.

⁴⁶⁾ Anschütz, Die Verfassungsurkunde für den preussischen Staat Bd. I (1912) S. 133/136; Deutsche Strafrechtszeitung 1 455.

⁴⁷⁾ Anschütz, Strafrechtszeitung 1 455.

nicht außer Kraft gesetzt sind. Hiernach ist der Militärbefehlshaber nicht befugt, die Verfassung zu ändern (Art. 107), das Notverordnungsrecht des Königs zu erweitern (Art. 63), die Mitwirkung der Kammern bei Ausübung der Gesetzgebung zu beschränken (Art. 62), ein neues Wahlssystem für die zweite Kammer einzuführen (Art. 72), die Immunität der Abgeordneten zu beseitigen (Art. 84), die Diäten derselben abzuschaffen (Art. 85), die Verantwortlichkeit der Minister aufzuheben (Art. 44). Eingriffe in das Gebiet der richterlichen Gewalt sind dem Militärbefehlshaber nicht gestattet (Art. 86). Der Militärbefehlshaber darf auch nicht neue Steuern ausschreiben (Art. 100) oder neue Stufen androhen (Art. 9). Die Ausübung des Petitionsrechts (Art. 32) kann er nicht hindern. Hinsichtlich seiner Verpflichtung, das Briefgeheimnis zu achten, steht das geltende Recht mit den tatsächlichen Bedürfnissen in Widerspruch. Obwohl die Verfassung selbst anerkennt, daß eine Einschränkung des Briefgeheimnisses in Kriegsfällen notwendig ist, hat der Gesetzgeber es doch versäumt, in dieser Beziehung die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu treffen.⁴⁸⁾ Die Praxis der Militärbehörden hat den Ausweg gefunden, daß Briefsendungen aus bestimmten Bezirken und in bestimmte Bezirke nur dann befördert werden, wenn ihre Einlieferung offen erfolgt und daß gleichzeitig jede andere Art der Beförderung als durch die Post verboten wird. Allein diese Verwaltungsmaßregeln sind nur Nothhelfe, welche den Mangel einer gesetzlichen Ermächtigung nicht in allen Beziehungen ersetzen können.

Die rechtliche Bedeutung des § 9 b besteht darin, daß derselbe die Strafe für die Übertretung einer bestimmten Klasse von Verboten verschärft. Wohl in allen Ländern der Welt haben die Polizeibehörden die Befugnis, im Interesse der öffentlichen Sicherheit Verbote zu erlassen; jedenfalls hat in Preußen dieselbe Befugnis, die heute besteht, bereits 1849—1851 bestanden. Mit Erklärung des Kriegszustands geht diese Befugnis der Polizeibehörden ipso jure auf die Militärbefehlshaber über (§ 4 des Gesetzes vom 4. Juni 1851). Der Verleihung eines selbständigen Rechts, im Interesse der öffentlichen Sicherheit Verbote zu erlassen, an die Militärbefehlshaber bedurfte es also nicht. Die Übertretung polizeilicher Verbote war und ist noch jetzt mit geringer Strafe bedroht. In den Ländern des französischen Rechts z. B. konnte gemäß Art. 471 Nr. 15 code pénal,

⁴⁸⁾ Rüginger, 3 *StR.* 36 777/778.

der noch heute in Elsaß-Lothringen gilt, lediglich eine Geldstrafe von einem Franken bis fünf Franken festgesetzt werden. Der Verordnung vom 10. Mai 1849 drohte an Stelle dieser kleinen Geldstrafe Gefängnisstrafe von mindestens sechs Wochen an. Später ermäßigten die Kammer den Mindestbetrag der Strafe auf einen Tag Gefängnis.⁴⁹⁾

Neben dem Rechte, Verbote im Interesse der öffentlichen Sicherheit zu erlassen, haben die Polizei- und Militär-Behörden in der Regel auch das Recht, Verbote im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu erlassen.⁵⁰⁾ Für letztere gilt die strengere Strafbestimmung des § 9 b nicht. Der Unterschied zwischen beiden Klassen von Verboten wird weder von den Militärbefehlshabern noch von den Gerichten genügend beachtet, obwohl derselbe in den Verhandlungen der zweiten Kammer vom Regierungskommissar Scherer ausdrücklich betont worden ist.⁵¹⁾ Der Begriff der öffentlichen Sicherheit in § 9 b ist identisch mit den gleichlautenden Begriffen in Art. 111 der preußischen Verfassung und Art. 68 der Reichsverfassung. Diese Verfassungsvorschriften beziehen sich nicht auf die Sicherung des Wirtschaftslebens, auf die Abwendung wirtschaftlicher Notstände und Gefahren; anderenfalls müßte die Erklärung des Belagerungszustands und die Suspension von Verfassungsartikeln auch bei jeder größeren Mißernte, Überschwemmung, Choleraepidemie, Maul- und Klauenseuche, Arbeitseinstellung sowie bei jeder erheblichen Verteuerung notwendiger Lebensbedürfnisse durch künstliche Ring- und Kartellbildungen zulässig sein! Die Richtigkeit der hier vertretenen Ansicht wird bestätigt durch Art. 63 der preußischen Verfassung, in welchem ausdrücklich unterschieden wird zwischen „Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit“ und „Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstands“.

§ 5 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 bietet die rechtliche Möglichkeit, die wesentlichen Ergebnisse, zu denen die Rechtspredung des Reichsgerichts bei Auslegung des § 9 b gelangt ist, für diejenigen Landesteile aufrecht zu erhalten, in denen Art. 5 der preußischen Verfassung bzw. die diesem Artikel entsprechenden Vorschriften außer Strafe gesetzt sind.

⁴⁹⁾ Vgl. die Beschlüsse der Ersten Kammer vom 30. Januar 1851, Sten. Ber. I 193/195, und der Zweiten Kammer vom 1. April 1851, Sten. Ber. S. 792/793.

⁵⁰⁾ Allgemeines Landrecht Teil II Titel 17 § 10.

⁵¹⁾ Sitzung vom 1. April 1851, Sten. Ber. S. 791.